

Hani Fischer, Unterer Hainberg 3 B, 37120 Bovenden

Flecken Bovenden  
Herrn Bürgermeister Thomas Brandes  
Rathausplatz 1  
**37120 Bovenden**

**Betreff: Elektromobilität fördern – Ladeinfrastruktur ausbauen**

Bovenden, 19.03.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Brandes,

**Hani Fischer**

die Gemeinderatsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN möchte hiermit folgenden Antrag für die kommende Sitzung des Gemeinderats am 01.04.2022 zur weiteren Beratung in den Bau- und Umweltausschuss stellen:

**Ratsherr  
Mitglied der Ortsrates  
Eddigehausen  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Bovenden**

**„Elektromobilität fördern – Ladeinfrastruktur ausbauen“**

Unterer Hainberg 3 B  
37120 Bovenden

Der Beitrag des Mobilitätssektors zur Bewältigung der Klimakrise gleicht bisher einem Totalausfall, da keine Senkung der CO2 Emissionen zu verzeichnen sind. Daher ist es zu begrüßen, dass sich die rot-grün-gelbe Regierungskoalition im Bund neben dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Rad- und Fußverkehrs das Ziel gesetzt hat, die Zahl der voll-elektrisch angetriebenen PKW bis zum Jahre 2030 auf bundesweit 15 Millionen zu steigern. Gleichzeitig hat die Ampel-Koalition das Ziel formuliert, die öffentliche Ladeinfrastruktur auf eine Million Ladepunkte im Jahr 2030 auszubauen, damit rechnerisch ein öffentlich zugänglicher Ladepunkt je 15 E-PKW zur Verfügung steht.

Hani.Fischer@mail.de  
Tel.: 0176/24942289

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Konzeptionell darzustellen, wie und wo öffentliche Ladesäulen auf dem Gebiet des Flecken errichtet werden sollten – ausgehend von der Grundannahme, dass 30 Prozent des aktuellen Kfz-Bestandes im Jahre 2030 voll-elektrisch angetrieben werden und für je 15 voll-elektrisch angetriebene PKW ein öffentlicher Ladepunkt vorhanden sein soll.

2. Mit dem örtlichen Einzelhandel, den Tankstellenbetreibern, den Gewerbebetrieben, der gewerblichen Wohnungswirtschaft/den Wohnungsunternehmen und weiteren Akteuren Gespräche zu führen, um deren Bereitschaft zu ermitteln, inwieweit sie auf ihrem Gelände selbst öffentlich zugängliche Ladesäulen installieren oder diese mindestens auf ihrem Gelände dulden würden. Dabei sollte eine Koordinationsfunktion zwischen den verschiedenen Akteuren wahrgenommen werden.

3. Mögliche geeignete Standorte für das Errichten vornehmlich von Schnelllade-Hubs (Mehrere Schnellladesäulen mit mindestens 50 kW) im

öffentlichen Raum zu identifizieren und darzustellen. Dabei ist die Leistungsfähigkeit des Verteilernetzes sowie weitere relevante Faktoren zu berücksichtigen.

4. Gegenüber den Gemeindewerken Bovenden darauf hinzuwirken, den Ausbau der Ladeinfrastruktur nach Maßgabe der kommunalen Planung zu realisieren und diese gegebenenfalls zu betreiben.

5. Mit planerischen Vorgaben und in Gesprächen darauf hinzuwirken, dass bei Neubau- oder größeren Umbauvorhaben für jeden Einstellplatz möglichst die technischen Voraussetzungen geschaffen werden, um dort einen privaten Ladepunkt zu installieren.

Zur Begründung:

Der im Jahr 2021 deutlich beschleunigte Ausbau der E-Mobilität und die Ankündigung namhafter Hersteller, aus der Produktion von Verbrenner-PKW auszusteigen, zeigt, dass das Ziel der Bundesregierung, bis 2030 mindestens 15 Millionen E-PKW in Deutschland zugelassen zu haben, sehr realistisch ist. Mit dieser Entwicklung muss der bisher viel zu langsame Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur Schritt halten.

Aktuell werden etwa 85 Prozent der Ladevorgänge beim Laden von E-PKW an privaten Ladestationen oder am Arbeitsplatz vorgenommen. Das Laden an privaten Stationen wird auch in Zukunft die zentrale Rolle spielen. Dessen ungeachtet ist es nach einhelliger Fachmeinung erforderlich, eine zumindest für den Hochlauf der E-Mobilität überdimensionierte diskriminierungsfrei zugängliche öffentliche Ladeinfrastruktur vorzuhalten. Nur so lasse sich das Nutzererlebnis für E-Fahrzeuge attraktiver gestalten und den Umstieg auf Elektromobilität erleichtern. Dabei solle die Gemeinde nicht selbst Betreiberin öffentlicher Ladesäulen sein, sich aber der Aufgabe stellen, deren Aufbau vornehmlich auf quartiersnahen Parkplätzen von Unternehmen und auf geeigneten öffentlichen Flächen zu koordinieren, zu begleiten und erforderlichenfalls planerisch zu realisieren. Darauf weist auch der Niedersächsische Städtetag in einem gemeinsamen Positionspapier mit dem Verband der Wohnungswirtschaft vom Oktober 2021 hin.

Die neue Bundesregierung hat bereits angekündigt, den Aufbau öffentlicher Ladesäulen weiterhin und ggf. über die aktuelle Förderung hinaus zu fördern.

Eine weitere Begründung kann bei Bedarf mündlich erfolgen.

Hani Fischer



Ratsherr